



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/74 - 30.3.1958

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Konferenzen-Inflation	S. 1
Deutsche Politik im Ausland	S. 3
Gewerkschaftler und Unternehmer diskutieren	
Vierzigstundenwoche	S. 5
Zum deutsch-dänischen Minderheitenabkommen	S. 7

Am Kern vorbei

P.R. - Eine Welle von Zuversicht soll durch die Aussicht auf eine Fülle von Konferenzen ausgelöst werden. Das Programm ist verwirrend reichhaltig: vorbereitende Zusammenkunft von Beauftragten der Westregierungen - Außenministerkonferenz der Westmächte - Gespräch "auf höchster Ebene". Daneben Tagung des Ministerrates der Europa-Union Mitte Mai, Außenministerkonferenz der NATO-Staaten unmittelbar nach Inkrafttreten der Pariser Verträge, Tagung der Außenminister der Westeuropäischen Union. Dann gibt es noch ein großes allgemeines Treffen aus Anlass des 10. Jahrestages des Bestehens der Vereinten Nationen. Der Bundeskanzler und der französische Außenminister werden sich treffen. Der österreichische Bundeskanzler wird - dies die erste von allen Begegnungen - nach Moskau reisen.

Im Mittelpunkt, wenn auch nicht im zeitlichen Vordergrund der Überlegungen, steht ein Treffen der vier Außenminister, die das Gelände für die Entscheidung der letzten Instanz frei räumen sollen. Soeben hat nun der amerikanische Außenminister erklärt, diese Konferenz müsse "intensiv vorbereitet" werden und man ist leider nach den bisherigen Erfahrungen versucht, darunter "intensiv verzögert" zu verstehen. Churchill hat in direktem Bezug darauf und im Gegensatz dazu für möglichst schnellen Zusammentritt plädiert, ohne bestimmte Tagesordnung, weil er als alter Konferenzhase weiß, dass sich mit dem Mittel der vorherigen minutiösen Tagesordnungsbestimmung jede Konferenz beliebig hinauszögern lässt.

Den wichtigsten Fortschritt in der internationalen Verhandlungssituation sehen die meisten Beobachter in der schnellen positiven Antwort des sowjetischen Regierungschefs auf einen Konferenzvorschlag des amerikanischen Präsidenten. Das sei, so hört man immer wieder, angesichts der Tatsache, dass die Ratifikation der Pariser Verträge jetzt auch den Sowjets als unvermeidlich erscheinen muß, ebenso bemerkenswert wie erfolgversprechend. Nun hat Moskau aber nie gesagt, dass es nach einer Ratifizierung der Pariser Verträge mit dem Westen nicht mehr verhandeln würde und Bulganin hat sein Einverständnis mit den Worten präzisiert, "Falls eine Konferenz gemeint ist, die zur Minderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen beitragen würde." Von Verhandlungen über die Wiederherstellung der deutschen Einheit war in diesem Zusammenhang mit keinem Wort die Rede. Für diejenigen, die das gern übersehen hätten, fügte der Moskauer Rundfunk schon am letzten Sonntag ausdrücklich hinzu, Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands würden nach der Ratifizierung der Pariser Abkommen zwecklos sein.

Genau an diesem Punkt aber gewinnt oder verliert jede Viermächtekonferenz für die Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges ihr eigentliches Interesse. Im Rat der Republik hat ein gaulloischer Senator, nicht als Einzelgänger, sondern, nach allgemeinem Eindruck, als Repräsentant der widerwilligen Befürworter des Vertragswerkes seine Zustimmung zur Aufstellung von zwölf westdeutschen Divisionen mit der Begründung gegeben, dadurch werde man zu einer Entspannung zwischen dem Westen und dem Osten kommen, weil damit auf der Grundlage der Teilung Deutschlands eine klare Abgrenzung der beiderseitigen Machtbereiche erreicht werde.

Dass die Spaltung ihres Landes eine ständige, brennende Gefahr für den Frieden ist, die deshalb bei einer Politik der internationalen Entspannung zuvor beseitigt werden muß, scheint nur noch die Auffassung der Deutschen zu sein. Wenn auch maßgebende Kreise und Einzelpersonlichkeiten in anderen Staaten dieser Meinung in öffentlichen Erklärungen Ausdruck geben, so ist das leider kein Beweis dafür, dass sie sie wirklich teilen. Der würde erst durch eine entsprechende praktische Politik erbracht werden, die zeigt, dass man das Ziel der deutschen Wiedervereinigung wirklich ernsthaft und unbeirrt anstrebt. Solange man in dem Irrglauben verharret, eine internationale Entspannung sei auch bei fortdauernder Teilung Deutschlands möglich oder werde sogar durch sie begünstigt, sind die Aussichten auf eine solche Politik äußerst gering.

Natürlich kann man bei dieser Feststellung nicht stehenbleiben. Die Aufgabe jeder deutschen Politik muss es sein, unermüdet selbst unter den entmutigendsten Umständen den Herren der Welt klarzumachen, dass jedes internationale Gespräch und jede Konferenz, die sich um Ausgleich der Spannungen bemüht, am Kern der Dinge vorbeigeht, wenn dabei das Problem der deutschen Wiedervereinigung vernachlässigt oder gar übergangen wird. Das aber geschieht zum Beispiel auch, wenn der Bundeskanzler in seinem Kommentar zur Annahme der Pariser Verträge durch den Rat der Republik sich zu diesem entscheidenden Punkt mit der formalhaften, leeren Versicherung begnügt, im Rahmen einer großangelegten politisch-diplomatischen Aktion zur Entspannung des Konfliktes werde sich auch die Wiedervereinigung Deutschlands vollziehen. - Wieso eigentlich? Auf welchem Wege? Für welchen Preis?

* * *

30.3.1955

Das Auswärtige Amt versagt

F.S., London

Während einer jahrelangen Aufbauarbeit nach dem Kriege hat sich der in diesen Tagen in die Bundesrepublik zurückkehrende Botschafter, Dr. Schlange-Schoenungen, bemüht, die abgebrochenen Verbindungen zwischen Großbritannien und Deutschland zu festigen. Diese sich zumeist hinter den Kulissen abspielende Tätigkeit wurde während der letzten Zeit durch die Debatten über den deutschen Wehrbeitrag beeinflusst. Die Aufrüstung in der Bundesrepublik hat sich zu einem Streitobjekt entwickelt, das die britische Öffentlichkeit in hohem Maße beschäftigt. Sie vergisst aber leicht, dass es auch die Westmächte sind, die für die westdeutschen Divisionen eintreten. Zum Schluß heißt es immer wieder: "The Germans"...

Es ist verständlich, dass in dieser Atmosphäre jeder unüberlegte Eingriff stört und besonders dann unangenehm empfunden wird, wenn ihn die deutsche Diplomatie selbst unternimmt. Zu einer solchen Störung wirkte sich die Weihnachtsrede der Gattin des Botschaftsrates Schlitter aus. So zweifellos es ist, dass die Sprecherin die Folgen ihrer Entgleisung nicht überdachte, so sicher ist es, dass die Diskussionen in der britischen Öffentlichkeit nur durch die überstürzte und ungeschickte Haltung des Auswärtigen Amtes ausgelöst wurde. Weder das Foreign Office, noch die englische Presse hat sich ursprünglich mit diesem Fall befasst.

Der Fall Schlitter ist, ohne ihn beschönigen zu wollen, lediglich ein Symptom des jahrelangen Kampfes, der sich zwischen den Berufsdiplomaten und denjenigen Mitarbeitern des diplomatischen Dienstes abspielt, die ihm als Außenseiter angehören. Dieser unterirdisch und mit Erbitterung geführte Kampf besonders innerhalb der oberen Beamtens-kategorie nimmt auch in der Londoner Vertretung groteske Formen an und endet zumeist mit der Abberufung oder Versetzung eines tüchtigen Beamten, lediglich, weil er in die eine oder andere Clique gedrängt wurde. Dieser Kalte Krieg wirkt sich um so nachhaltiger aus, als er auch die übrige Beamtenschaft erfasst, die Geschäfte der Missionen lähmt

30.3.1955

und am Ende der deutschen Politik Schaden zufügt. Den Personalabteilungen im Auswärtigen Amt sind diese Zustände natürlich nicht unbekannt. Sie werden vertuscht. Durch Abberufungen oder Versetzungen sollen sie ausgeschaltet werden.

In zahlreichen Fällen erhalten Mitarbeiter der Auslandsvertretungen wochenlang vor Empfang des offiziellen Versetzungsbescheides ominöse Mitteilungen von Bonner Transportfirmen, in denen dem Beamteten ein bevorstehender Umzug angekündigt wird, für den sie ihre Dienste anbieten. Die ritunter enormen Umzugskosten für den Beamten und seine Familie übernimmt natürlich das Auswärtige Amt. Versetzungen werden angeordnet, ohne dass der Beamte überhaupt Gelegenheit gehabt hätte, sich mit den Verhältnissen des Landes, in dem er arbeitet, vertraut zu machen. Diese durch keine sachlichen Motive gerechtfertigten Maßnahmen wirken sich besonders schädlich auf den Diplomaten Nachwuchs aus.

Nicht nur das Auswärtige Amt beeinflusst die deutsche Politik im Ausland. Abgeordnete der Regierungsparteien treffen in fast regelmäßigen Abständen in London ein. Niemand wird Einwendungen erheben, wenn sie vorbehaltlich der Zustimmung des Botschafters Verbindung mit britischen Regierungstellen und anderen Instanzen aufnehmen. Wenn aber Mitglieder der CDU- und FDP-Fraktion des Bundestages mit führenden Abgeordneten der Labour Party verhandeln und im Laufe der Besprechungen die Politik der SPD Führung oder derjenigen Koalitionspartei, der sie nicht angehören, in Misskredit bringen, kann man sich das Befremden der englischen Parlamentarier vorstellen, die, wenn sie sich in Ausland aufhalten, auch nicht im entferntesten daran denken, ihre Regierungs- oder Oppositionspartei zu kritisieren. Es wäre an der Zeit, dass der Bundestag die diplomatischen Fäden des Auswärtigen Amtes entwirren würde.

Rundgespräch über die Vierzigstundenwoche

-dt, Hannover

Die 40-Stundenwoche ist eine verzwickte Angelegenheit. Wie kompliziert diese Materie ist, erfahren rund 30 Männer, die die "Volkswirtschaftliche Gesellschaft, Hamburg" in Bad Harzburg zusammengerufen hatte, damit sie das Phänomen "40-Stundenwoche", in den USA längst zur Alltäglichkeit geworden, nach allen Seiten beleuchten. Weil die Besetzung des "runden Tisches" gut dosiert war - Wissenschaftler schlugen die Stimmgabel an und Gewerkschaftler wie Vertreter der Unternehmerseite reagierten - kam es zu keiner "Harzburger Front", weder für noch gegen die 40-Stundenwoche. Aber als man sich nach drei Tagen trennte, war die Atmosphäre doch andere als zu Beginn. Sie war keineswegs schlecht.

Begegnung auf halbem Wege

Es ergab sich, dass jeder von den Absichten des Partners andere, schärfere Vorstellungen hatte, ein Beweis dafür, wie recht die Volkswirtschaftliche Gesellschaft hatte, als sie dieses Thema wählte. Die Gewerkschaftler hatten ein schroffes Nein der Unternehmer erwartet, die Unternehmer, vertreten hauptsächlich durch Manager großer Industriefirmen, einen "Paukenschlag" der Gewerkschaften. Beides blieb aus; man begegnete sich auf halbem Wege. Man sprach zwar in anderen Diktionen, aber man meinte dasselbe: kein Gesetz, das abrupt die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden herabsetzt, ein allmähliches Anpassen an den Produktivitätsstand und gründliche Erforschung der Verhältnisse, ehe der Sprung gewagt wird. Wohl aber deuteten sich Differenzen in der Dauer des Umwandlungsprozesses an. Der Sprecher der Gewerkschaften, Gerhard Kroeber, Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des DGB Hamburg, legte einen Dreijahresplan vor (im ersten Jahr von 48 auf 45, dann auf 42 1/2, im dritten Jahr auf 40 Stunden), während der Volkswirtschaftler, Prof. Dr. Haller von der Universität Kiel, seine Begeisterung für Erhard's Prinzipien nicht verbergend, von zwei, eventuell vier Stunden "alle paar Jahre" sprach.

Aufgelockert hatten den Boden zwei andere Wissenschaftler: der

Mediziner und Psychiater Prof. Graf vom Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie, Dortmund und der Sozialwissenschaftler Dr. Heinz Kluck von der Universität Hamburg. Der eine befürwortete, gestützt auf amerikanische und eigene Untersuchungen, Erfahrungen und Erkenntnisse, zwei Ruhetag in der Woche bei höchstens acht Stunden Arbeit an den anderen Tagen; der andere bewies die Zwangsläufigkeit der Entwicklung zur Vierzigstundenwoche mit allen soziologischen Konsequenzen und zerstörte das von interessierter Seite verbreitete Märchen, dass der Arbeiter mit der vermehrten Freizeit nichts anzufangen wisse.

Unterschied in der Geisteshaltung

Fragen und Einwände von Unternehmerseite zeigten aber, dass zwischen diesen Männern und den Gewerkschaftlern ein Unterschied in der Geisteshaltung klafft. Die Manager wollen auf Nummer Sicher gehen. Sie wollen das Wagnis, in der so gern gelübten Wettbewerbswirtschaft immer wieder betont (und durch entsprechende Rücklagen meist neutralisiert) völlig ausschalten und verachanzten sich, durch handfeste Argumente und Beispiele in die Enge getrieben, hinter den "kleinen Betrieben", die es zu schützen gelte. Der Sicherheitsgedanke feiert bis ins Detail Triumphe. "Haben Sie mehr Mut zum Experiment", mußten sie sich von den Gewerkschaftlern zurufen lassen, deren Rezept mit "Erst wägen, dann wagen" überschrieben werden könnte. Es lautet für die Praxis: eingehende Enqueten in einem repräsentativen Betrieb anstellen und die gewonnenen Erkenntnisse über den Tarifvertrag verbindlich für die ganze Branche zu erklären. Die "kleinen Betriebe" könnten durch eine Verkleinerung der Tarifgebiete unter Quarantäne gestellt werden; über kurz oder lang wird sie aber die Anziehungskraft des Arbeitsplatzes in einem 40-Stunden-Betrieb von selbst zwingen, Mittel und Wege zu einem Anschluß zu suchen.

Dass es keinen gemeingültigen Plan geben kann und dass Vorausschau von der Wirklichkeit korrigiert werden können, bewies der Vertreter der Firma Bosch. Diese Firma hat 1951 einen Zehnjahres-

plan für die Einführung der 40-Stunden-Woche aufgestellt. Bereits nach vier Jahren hat sie drei Viertel des Weges durchschritten; drei von vier Samstagen sind in ihren Fabriken arbeitsfrei. Ein vielzitiertes Beispiel war auch das SM-Stahlwerk der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, wo durch eine gut durchdachte Neuorganisation des Betriebes nicht nur die Arbeitsstunden von 53 auf 42, sondern auch die Herstellungskosten gesenkt werden konnten. Mit zum Experiment war in beiden Fällen notwendig; wer Neuland betritt, tut das stets mit Risiko.

Abtasten der Standpunkte

Die Männer, die in Harzburg debattierten, werden kaum das letzte Wort zu sprechen haben, wenn die Vierzigstundenwoche als Realität auf dem Verhandlungstisch liegt. Insofern kommt der Tagung nicht mehr Bedeutung zu, als ihre Veranstalter wollten: dass es ein Abtasten der Standpunkte sei. Ein Universitätsprofessor wie Dr. Haller kann, wie die Dinge liegen, nur ein Gutachten abgeben. Das Gutachten, das er in Harzburg abgegeben hat, war keineswegs negativ. Entschieden aber werden die Männer mit den harten Kinnen und den (dank den Maschinen nicht mehr so harten) Fäusten. Wenn dann der Geist von Harzburg waltet, kann es nicht schlecht bestellt sein. Was abzuwarten bleibt.

* * *

Entspannung an der deutsch-dänischen Grenze

5. Die deutsch-dänischen Erklärungen zum Minderheitenproblem, die in Bonn von Ministerpräsident Hansen und Dr. Adenauer unterzeichnet wurden, haben nach Auffassung schleswig-holsteinischer Regierungskreise Wünsche offen gelassen, so dass die Aufnahme des Abkommens in diesen Kreisen keineswegs der lebhaften Zustimmung entspricht, die in Bonn mit Recht geäußert worden ist. In den Erklärungen, so bemängelt man in Kiel, fehlen die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung angestrebte Grenzgarantie und das Übereinkommen über die Bildung eines ständigen deutsch-dänischen Kontaktausschusses. Man hebt hervor, dass es sich hier gerade um die beiden Forderungen handle, um derenwillen die Verhandlungen von Kiel aus überhaupt

angeregt worden seien. Insofern stellt sich also das Ergebnis der deutsch-dänischen Verhandlungen für diejenigen, die diese Beratungen am lautesten gefordert und am meisten gefördert haben, als ein Mißerfolg heraus.

Die Frage ist berechtigt, wozu überhaupt neue Erklärungen zwischen Dänemark und Deutschland ausgetauscht wurden, wenn sich die Regierungen in diesen Erklärungen ausdrücklich auf die Zusicherungen beziehen, die von deutscher und dänischer Seite schon im Jahre 1949 über die Rechte der Minderheiten abgegeben worden sind. Der Inhalt der neuen Erklärungen geht über die alten im Grundsätzlichen nicht hinaus. Bei der jetzigen Regelung handelt es sich um Einzelfragen, die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung bei einem guten Willen hätten schon früher gelöst werden können.

Die Einzelheiten des neuen Abkommens sind zu begrüßen. Aber man muß auf die ungeschickte Haltung hinweisen, die die Kieler Landesregierung zu diesen Fragen eingenommen hat. Die Landesregierung hat die Verhandlungen hauptsächlich wegen einer Grenzgarantie angestrebt, obwohl sie genau wußte, dass die dänische Regierung ihren Erklärungen von 1947 über die Ununterschiedlichkeit der Grenze kein Wort hinzufügen würde. In der Hoffnung, die dänische Regierung werde dennoch abermals eine Grenzgarantie aussprechen, hat die Kieler Bürgerblockregierung nicht nur die deutsch-dänischen Verhandlungen kompliziert, sondern auch mit einer irrealen Begründung alle Konzessionen an die dänische Minderheit bisher verweigert.

Um so bedauerlicher ist die Tatsache, dass auch jetzt noch - nachdem sich erwiesen hat, wie wenig Bedeutung auch die Bundesregierung mit Recht einer Grenzgarantie beimißt, die Kieler Regierungskreise immer noch um das Ausbleiben dieser Garantie trauern. Man möge den Geist nicht übersehen, der aus den neuen Erklärungen spricht. Keine Seite wird an der Grenze eine Irredenta dulden. Wenn die Erklärungen, woran nicht zu zweifeln ist, durchgeführt und in Zukunft großzügig ausgelegt werden, ist durch die abermalige Bekräftigung der Grundrechte für die Minderheiten ein Beitrag zur Befriedung an der deutsch-dänischen Grenze geliefert. Das Ergebnis ist gut, der Aufwand jedoch fragwürdig. Aber da man sich auch darüber freut, den dänischen Ministerpräsidenten in Bonn zu sehen und ihn durch herzliche Aufnahme zu beweisen, dass man gewillt ist, die Dänen das deutsche Kriegsrecht vergessen zu machen, hat sich der Aufwand in einem anderen Sinne gelohnt, dieser Erfolg der Verhandlungen kann nicht genug betont werden.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunen